

## **Fortschreibung des FNP in der Verwaltungsgemeinschaft Bad Friedrichshall-Offenau-Oedheim**

**Von:** Bürgerinitiativen-Netzwerk Neckartal BINN <binn@posteo.de>

**Gesendet:** Dienstag, 27. Juli 2021 06:40

**An:** Michael Folk <michael.folk@offenau.de>; Timo Frey <timo.frey@friedrichshall.de>; Matthias Schmitt <matthias.schmitt@oedheim.de>

**Betreff:** Fortschreibung des FNP in der Verwaltungsgemeinschaft Bad Friedrichshall-Offenau-Oedheim

**Priorität:** Hoch

Mit der Bitte um Weiterleitung an die jew. Gemeinderatsmitglieder\*innen!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Folk,  
Sehr geehrter Herr Bürgermeister Frey,  
Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schmitt,

leider nicht zum ersten Mal erlebt unser Land heftige Starkregenereignisse. Vor 5 Jahren gab es in Braunsbach schlimme Zerstörungen und in den letzten Wochen sind in unserer Region durch Starkregen viele Keller vollgelaufen und Hochwasserschäden entstanden. Die gesamte Bundesrepublik wird gerade von den schockierenden Bildern der Flutkatastrophe erschüttert, die vor allem Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen schwer getroffen hat. Die große Mehrheit der Klimaforscher und Meteorologen ist sich darin einig, dass diese Situation direkt mit den Auswirkungen des Klimawandels zusammenhängt. In den Analysen wird dabei auch die ungebremste Versiegelung von Siedlungs- und Verkehrsflächen, die von Städten und Gemeinden weiterhin voran getrieben wird, als Grund für mangelhafte Abfluss- Möglichkeiten von Oberflächenwasser bei Starkregenereignissen genannt.

Leider sehen wir bei den Planungen von Regionalverbänden und Kommunen ein Verhalten, das weder dem Flächenverbrauch noch der massiven Versiegelung Einhalt gebietet.

Alle politischen Entscheidungsträger betonten nach der Flutkatastrophe in RP und NRW, dass sowohl dem Klima- als auch dem Hochwasserschutz allerhöchste Priorität eingeräumt werden muss. Ein entsprechendes Urteil dazu erging unlängst durch das Bundesverfassungsgericht.

Am 15.07.21 haben Sie in öffentlicher Sitzung der Verwaltungsgemeinschaft Bad Friedrichshall-Oedheim-Offenau die Absicht geäußert, bei der Fortschreibung des gemeinsamen Flächennutzungsplans neben der Ausweisung von Wohnbauflächen mit insgesamt über 60 ha ein interkommunales Gewerbegebiet zwischen Bad Friedrichshall und Offenau mit über 10 ha Fläche anzustreben. Dieses befände sich in einer regionalen Grünzäsur, die gleichzeitig eine wichtige Retentionsfläche in diesem Gebiet darstellt.

Der Klimawandel verzeiht keine Fehler. Wir alle lernen täglich neu dazu und müssen uns damit auch von bereits getroffenen Entscheidungen wieder „verabschieden“. Dies betrifft auch kommunale Verwaltungen. Ihre Aufgabe ist es, eine verantwortungsvolle Zukunft der Menschen und kommender Generationen in der Region Neckar-Franken zu sichern, die überlebensnotwendige Grundlagen in den Bereichen Klimaschutz und Klimakatastrophen-Vorsorge beinhaltet.

Es gibt keine gesellschaftliche Notwendigkeit, in unserer ohnehin schon großräumig versiegelten Region weitere landwirtschaftlich genutzte bzw. geschützte Grünflächen für Gewerbe- und Siedlungsbau in derart großem Umfang vorzusehen. Welche Interessen werden also bei diesen Planungen verfolgt, zumal wir auch wirtschaftlich in den Bereichen

Arbeitsplatz- und Wohlstandssicherung in unserer Region bestens aufgestellt sind?

Zur Deckung des Wohnraumbedarfs werden Baulücken und (auch zukünftige) Leerstände durch den demografischen Wandel bisher in kaum einer Gemeinde ausreichend erfasst und berücksichtigt.

Wir fordern Sie daher auf, bei der Fortschreibung des FNP den Wohnraumflächenbedarf deutlich zu reduzieren und die Planungen für das interkommunale Gewerbegebiet komplett fallen zu lassen!

Mit freundlichen Grüßen

Bürgerinitiativen-Netzwerk Neckartal

Christiane Müller Martina Burkert Bettina  
Scheid-Mosbacher

Bündnis'90/Die GRÜNEN

Ortsverband Bad Friedrichshall

Dieses Schreiben geht auch an die regionale und überregionale Presse, den Regionalverband Heilbronn-Franken, das Staatsministerium, das Wirtschaftsministerium, das Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen und das Umweltministerium Baden-Württemberg